

Ergebnisse zu unserer Umfrage «Dienstleistungsangebote» 2020

Im Informationsbulletin des letzten Jahres haben wir Sie über das Ergebnis unserer Umfrage zu den aktuellen und zu möglichen zukünftigen Dienstleistungen unseres Verbandes orientiert. In der Zwischenzeit haben wir eine mögliche Ausgestaltung von zukünftigen Tätigkeitsfeldern geprüft:

- Nachfolgend zur Einführung von HRM2 wird auf unserer Website eine Anlaufstelle für **Finanzfragen** aufgeschaltet, mit der Absicht, dass Kirchgemeinden von einer Fachperson kompetent Auskunft erhalten können. Zudem sind die HRM2-Themen auf unserer Website aktualisiert worden.
- So verständlich der Wunsch mehrerer unserer Mitglieder ist, in Fragen zur **Infrastruktur** Unterstützung und Rat zu bekommen, so schwierig ist es für uns, die nötige Kompetenz aufzubauen. Wir verfolgen diese Frage weiterhin aufmerksam, sind aber zurzeit nicht in der Lage, eine konkrete Beratung anzubieten.
- Vor allem Kirchgemeinden kleinerer und mittlerer Grösse wünschen eine Unterstützung und Hilfe im Bereich der **Informatik**. Unsere Idee ist es, Ratsuchende mit Kirchgemeinden in Verbindung zu bringen, die diesbezüglich über Knowhow verfügen. Auf unserer Website wird neu eine Anlaufstelle für derartige Fragen aufgeschaltet. Damit soll eine Verknüpfung zwischen ratsuchenden und erfahreneren Kirchgemeinden ermöglicht werden.
- Konflikte, vor allem im Personalbereich, treten oft unerwartet auf. Zur Unterstützung bietet unser Verband bereits das Instrument der juristischen Erstberatung an. Ein erfahrener Jurist steht für eine Beratung (unentgeltlich) zur Verfügung. Ueberdies möchten wir eine Checkliste für das **Konfliktmanagement** erarbeiten und Ihnen zur Verfügung stellen.

Auch in Zukunft wird unser Vorstand bestrebt sein, die Dienstleistungen für unsere Mitglieder auszubauen.



Ergebnisse der Umfrage «Dienstwohnungspflicht» (DWP)

Wiederum durfte der Verband eine hohe Beteiligung der Umfrage verzeichnen. Wir danken allen für ihre Rückmeldungen. Diese sind eine wichtige Grundlage für die Vertretung der Interessen der Kirchgemeinden.

Eine detaillierte Auswertung der Umfrage befindet sich auf unserer Website.

Fragen 1 bis 4: **DWP beibehalten?**

Die Mehrheit der Kirchgemeinden wünscht keine generelle Aufhebung. 22 % geben einer Abschaffung den Vorzug. Auch für jene, die keine Abschaffung wünschen, ist mehrheitlich Bedarf für eine Flexibilisierung. Insbesondere Kirchgemeinden, welche nur Teilzeitstellen besetzen können, haben mit einer DWP Mühe Pfarrpersonen zu finden.

Frage 5: **Finanzielle Probleme aus der DWP?**

13 % der Kirchgemeinden sehen solche Probleme. Hauptsächlich, weil die Mieteinnahmen die Kosten nicht decken, eine Renovation ansteht oder Nachschusspflicht droht.

Frage 6: **Braucht es eine Regelung der Präsenz?**

Gut 61 % der Kirchgemeinden wünschen eine solche.

Frage 7: **Befreiung von der Nachschusspflicht?**

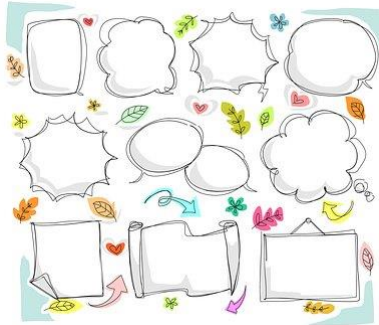
63% wünschen sich, dass sich die Landeskirche und der Kirchgemeindeverband beim Kanton für eine Befreiung einsetzen. Eine Nachschusspflicht bringt insb. kleine Kirchgemeinden in eine finanzielle Notlage.

Frage 8: **Anliegen und Vorschläge**

Einige Kirchgemeinden melden Bedarf an einer vorausschauenden Personalpolitik mit neuen zukunftstauglichen Arbeitsformen und -modellen.

Eine Arbeitsgruppe aus Vertretern der ev.-ref. Landeskirche, des ref. Pfarrvereins und des Kirchgemeindeverbandes hat im Auftrag des Synodalrats beraten und wird diesem eine Empfehlung unterbreiten. Schlussendlich wird der Synodalrat für die Dienstwohnungspflicht der ref. Pfarrpersonen entscheiden und die zukünftigen Rahmenbedingungen festlegen.

Das Ergebnis der Fragen 1 bis 4 wurde in die Arbeitsgruppe eingebracht. Der Vorstand will auch die Anliegen aus den Fragen 5 bis 8 aufnehmen und die Kirchgemeinden weiter unterstützen.



Hinweis auf den «Erprobungsfonds» der Reformierten Kirche

Für Kirchgemeinden, die gerne experimentieren und neue Projekte auch mit anderen Kirchgemeinden teilen möchten, gibt es neu einen Erprobungsfonds.

Mehr erfahren Sie unter dem Link:

www.refbejuso.ch/inhalte/kirche-in-bewegung/erprobungsfonds



Motion «Positive Zweckbindung der Kirchensteuern juristischer Personen» an Wintersession 2021 zurückgezogen

Der Motionär Grossrat Jan Gnägi und 5 Mitunterzeichnende haben die Motion, welche für den letzten Tag der Wintersession des Gros-

sen Rates am 9. Dezember 2021 geplant war, zurückgezogen.

Die Verpflichtung des Steuereinzuges für juristische Personen war in den letzten Jahren immer wieder Zielscheibe politischer Diskussionen. Diese Motion wäre ein Kompromissvorschlag gewesen, um klarer aufzuzeigen, für was die Steuergelder juristischer Personen eingesetzt würden. Erreicht wurde zwischenzeitlich ein fruchtbarer, weiterführender Dialog zwischen den drei Landeskirchen und der Politik. Dieser fördert den Austausch und die Transparenz, für die von den Kirchen erbrachten gesamtgesellschaftlichen Leistungen und den Erwartungen der Politik an die Kirchen. (Der Kirchgemeinerverband ist ebenfalls in diesen «runden Tisch» eingebunden.)

Um diese vom Kanton beauftragten Leistungen finanzieren zu können, sind die Landeskirchen auf gesetzlich vorgeschriebene Finanzierungsmodelle angewiesen.

Die Motionäre sind optimistisch, dass sich durch den fruchtbaren Dialog eine Zusammenarbeit zwischen Kirche und Staat ergibt, wobei die Leistungen anerkennt und honoriert werden.



11./12. März 2022: Politforum in Thun

«Gemeindepolitik...und jetzt? Wir ziehen Bilanz, um mit neuem Schwung aus der Krise zu kommen!»

Auf der Webseite www.politforumthun.ch finden sich Programm und Anmeldeformular.



Samstag 7. Mai 2022: Mitgliederversammlung Kirchgemeindeverband des Kantons Bern

Reservieren Sie sich bereits heute den Termin!

Detailliertere Informationen werden Sie zu gegebener Zeit erreichen.

Der Vorstand des Kirchgemeindeverbandes